

Nr. 867a

**Verordnung  
zum Betreuungs- und Pflegegesetz \*  
(BPV)**

vom 30. November 2010 (Stand 1. Februar 2017)

*Der Regierungsrat des Kantons Luzern,*

gestützt auf die §§ 1b Absatz 3, 1c Absatz 2, 1d Absatz 1, 2b Absatz 4, 3a Absatz 2, 4, 7 Absatz 2, 11 und 13 Absatz 5 des Betreuungs- und Pflegegesetzes (BPG) vom 13. September 2010<sup>1</sup>,  
auf Antrag des Gesundheits- und Sozialdepartementes, \*

*beschliesst:*

## **1 Zuständigkeiten \***

### **§ 1** *Zuständige kantonale Behörde \**

<sup>1</sup> Soweit Gesetz und Verordnung keine anderen Zuständigkeiten vorsehen, ist die Dienststelle Soziales und Gesellschaft zuständige kantonale Behörde. \*

<sup>2</sup> ... \*

---

<sup>1</sup> SRL Nr. [867](#) (G 2010 276)

\* Siehe Tabellen mit Änderungsinformationen am Schluss des Erlasses.

## 1a Bewilligungen und Aufsicht \*

### § 1a \* *Bewilligungsvoraussetzungen*

<sup>1</sup> Die Dienststelle Soziales und Gesellschaft erteilt die Bewilligung zur Aufnahme von Betagten, von Personen mit Behinderungen oder von Betreuungsbedürftigen, wenn

- a. der Betrieb über ein Konzept verfügt, das namentlich über die Trägerschaft, die Organisation, die angebotene Betreuung und Pflege, die Finanzierung und die Qualitätssicherung Auskunft gibt,
- b. der Nachweis einer ausreichenden wirtschaftlichen Grundlage für die Erbringung des Angebots erbracht wird,
- c. der Betrieb über eine Haftpflichtversicherung nach Massgabe der Art und des Umfangs der Risiken, die mit seinem Angebot verbunden sind, verfügt,
- d. die Leitung des Betriebs über die nötigen fachlichen Kompetenzen verfügt und vertrauenswürdig ist,
- e. der Betrieb über das für die Erbringung der Leistungen erforderliche Fachpersonal und über zweckmässige, den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Einrichtungen und Gebäulichkeiten verfügt,
- f. für eine den Bedürfnissen der beherbergten, betreuten und gepflegten Personen angemessene Betreuung, Pflege und Ernährung gesorgt und die ärztliche Versorgung gewährleistet ist,
- g. das Betreuungsverhältnis in schriftlichen Verträgen geregelt ist, woraus ersichtlich ist, welche Leistungen die Einrichtung erbringt und welches Entgelt dafür geschuldet ist.

<sup>2</sup> Einrichtungen, die mehr als drei Personen aufnehmen, haben eine prozessorientierte Qualitätssicherung einzurichten, die Aussagen über die Qualität der Betriebsstruktur, der Arbeitsabläufe und der Dienstleistungen ermöglicht.

### § 1b \* *Meldepflicht*

<sup>1</sup> Der Bewilligungsinhaber oder die Bewilligungsinhaberin hat der Dienststelle Soziales und Gesellschaft bevorstehende wesentliche Änderungen in der Organisation oder an den Gebäulichkeiten und Einrichtungen rechtzeitig zu melden. Dies gilt insbesondere für eine allfällige Erweiterung, Verlegung oder Einstellung des Betriebs sowie für den Wechsel der für die Leitung verantwortlichen Person.

### § 1c \* *Aufsicht*

<sup>1</sup> Die Dienststelle Soziales und Gesellschaft besucht mindestens alle vier Jahre diejenigen Privathaushalte, Heime und sonstigen Einrichtungen, die Betagte, Menschen mit Behinderungen oder Betreuungsbedürftige aufnehmen. Sie prüft, ob deren Wohlergehen gewährleistet ist.

<sup>2</sup> Ihr ist jederzeit Einsicht zu geben namentlich in

- a. die Personalliste mit Personalien, Funktion und Arbeitspensum sowie Ausbildung,

- b. die Einsatzpläne,
- c. die Liste der vorhandenen und der belegten Plätze,
- d. die Liste der beherbergten, betreuten und gepflegten Personen; daraus müssen Name, Wohnort vor Eintritt, Eintrittsdatum, Art und Umfang der Pflege oder Betreuung und gegebenenfalls der gesetzliche Vertreter oder die gesetzliche Vertreterin und der Versorger oder die Versorgerin ersichtlich sein,
- e. die Protokolle über jede angeordnete Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit; diese enthalten insbesondere den Namen der anordnenden Person, den Zweck, die Art und die Dauer der Massnahme,
- f. das Konzept betreffend die Anwendung von bewegungseinschränkenden Massnahmen und den Umgang mit urteilsunfähigen Menschen,
- g. die Betreuungsverträge und die Taxordnung,
- h. die Hausordnung,
- i. die Jahresrechnung.

Die Unterlagen gemäss den Unterabsätzen a–e sind stets nachzuführen.

<sup>3</sup> Heime und sonstige Einrichtungen stellen der Dienststelle Soziales und Gesellschaft die von dieser verlangten Qualitätskennzahlen jährlich zu. Die Dienststelle erlässt dazu Weisungen.

## **1b Pflegefinanzierung \***

### **1b.1 Rechnungsstellung \***

#### **§ 1d \***      *Grundsätze*

<sup>1</sup> Die Leistungserbringer stellen der anspruchsberechtigten Person eine detaillierte und verständliche Rechnung zu. Diese hat alle Angaben zu enthalten, die benötigt werden, um die Berechnung der Vergütung der Leistung überprüfen zu können

<sup>2</sup> Bei Vorliegen einer Vollmacht der anspruchsberechtigten Person können die Leistungserbringer der Wohnsitzgemeinde für den Beitrag an die Pflegekosten direkt Rechnung stellen. Der anspruchsberechtigten Person ist auf Verlangen eine Kopie der Rechnung zuzustellen. Die Leistungserbringer können der Wohnsitzgemeinde für mehrere anspruchsberechtigte Personen mit Sammelrechnung Rechnung stellen.

#### **§ 2**      *Rechnungen*

<sup>1</sup> Die Leistungserbringer weisen auf ihren Rechnungen die Kosten der Pflegeleistungen und jene der übrigen Leistungen getrennt aus.

<sup>2</sup> Sie gliedern die Kosten der Pflegeleistungen wie folgt:

- a. Beitrag des Krankenversicherers,

- b. Beitrag der anspruchsberechtigten Person,
- c. Beitrag der Wohnsitzgemeinde.

<sup>3</sup> Sie schlüsseln die Kosten der Pflegeleistungen bei der ambulanten Krankenpflege zusätzlich nach der Art der Leistung gemäss Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vom 29. September 1995 (KLV)<sup>2</sup> auf, bei der Krankenpflege im Pflegeheim nach dem Pflegebedarf gemäss Artikel 7a Absatz 3 KLV.

<sup>4</sup> Die Wohnsitzgemeinden können mit den Leistungserbringern, insbesondere für Sammelrechnungen, eine abweichende Gliederung und Aufschlüsselung der Rechnung vereinbaren. Die Leistungserbringer haben der Wohnsitzgemeinde auf deren Verlangen jederzeit eine Rechnung gemäss den Absätzen 1 bis 3 zuzustellen.

<sup>5</sup> ... \*

### § 3 *Auszahlungen*

<sup>1</sup> Die Wohnsitzgemeinde entrichtet den Restfinanzierungsbeitrag für die ambulante Krankenpflege oder für die Krankenpflege im Pflegeheim der anspruchsberechtigten Person. Sofern die Leistungserbringer der Wohnsitzgemeinde für den Restfinanzierungsbeitrag gemäss § 1d Absatz 2 direkt Rechnung stellen, erfolgt die Auszahlung direkt an die Leistungserbringer. \*

<sup>2</sup> Die Wohnsitzgemeinde entrichtet ihren Beitrag an die Kosten der Akut- und Übergangspflege in jedem Fall den Leistungserbringern.

<sup>3</sup> Die Auszahlung der Beiträge durch die Gemeinden erfolgt monatlich und in der Regel innert 30 Tagen seit Rechnungstellung.

## **1b.2 Kostenrechnung und Leistungsstatistik \***

### § 3a \* *Anforderungen*

<sup>1</sup> Die Leistungserbringer der ambulanten Krankenpflege führen eine Leistungsstatistik sowie eine Kostenrechnung, welche die Kostenarten, die Kostenstellen und die Kostenträger umfasst. Für die Kostenrechnung ist das Finanzmanual 2011 des "Spitex Verbandes Schweiz" massgebend.

---

<sup>2</sup> SR [832.112.31](#). Auf diese Verordnung wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

<sup>2</sup> Die Leistungserbringer der Krankenpflege im Pflegeheim sowie die Tages- und Nachtstrukturen führen eine Leistungsstatistik sowie eine Kostenrechnung, welche die Kostenarten, die Kostenstellen und die Kostenträger umfasst. Für die Kostenrechnung sind die Handbücher «Kostenrechnung und Leistungsstatistik für Alters- und Pflegeheime 2011» sowie «Anlagebuchhaltung für Alters- und Pflegeheime» von Curaviva, H+ die Spitäler der Schweiz und SenéSuisse massgebend. Bei mehreren Betriebsstandorten sind die Kostenrechnung und die Leistungsstatistik pro Zahlstellenregister-Nummer (ZSR-Nummer) zu führen.

<sup>3</sup> Die Dienststelle Soziales und Gesellschaft erlässt nach Rücksprache mit dem Finanzdepartement Weisungen zur Gewährleistung einer einheitlichen Kostenrechnung.

### § 3b \* *Revisionsstelle*

<sup>1</sup> Die Leistungserbringer haben sich von einer anerkannten Revisionsstelle bestätigen zu lassen, dass ihre Kostenrechnung den Anforderungen gemäss § 3a entspricht.

## 2 ... \*

### 2.1 ... \*

## **1b.3 Restfinanzierung der ambulanten Krankenpflege und der Krankenpflege im Pflegeheim \***

### § 4 *Bestimmung des Restfinanzierungsbeitrages*

<sup>1</sup> Die Grundlage für die Bestimmung des Restfinanzierungsbeitrages ist der Ausweis der Pflegekosten der Leistungserbringer mittels Kostenrechnung. Die Gemeinden berücksichtigen die notwendigen Leistungen der Leistungserbringer und deren Kosten, insbesondere die Kosten der Ausbildung des Pflegepersonals. Besoldungen und Entschädigungen sind höchstens im branchenüblichen Umfang anrechenbar. \*

a. \* ...

b. \* ...

<sup>2</sup> Der Restfinanzierungsbeitrag darf höchstens decken: \*

a. \* die transparent ausgewiesenen Kosten der Leistung, abzüglich der Beiträge der obligatorischen Krankenversicherung und der anspruchsberechtigten Person,

b. \* die für eine effiziente Leistungserbringung erforderlichen Kosten.

<sup>3</sup> Der Restfinanzierungsbeitrag ist bei der ambulanten Krankenpflege nach der Art der Leistung gemäss Artikel 7 Absatz 2 KLV und bei der Krankenpflege im Pflegeheim nach den Pflegebedarfsstufen gemäss Artikel 7a Absatz 3 KLV linear abzustufen. \*

4 ... \*

5 ... \*

#### **§ 4a \*** *Erfassung des Pflegebedarfs*

<sup>1</sup> Für die Erfassung des Pflegebedarfs bei der Krankenpflege im Pflegeheim und in Tages- und Nachtstrukturen können die Leistungserbringer unter folgenden Systemen wählen:

- a. BESA 99 mit Leistungskatalog 2005: Die Umrechnung erfolgt mit 3,06 Minuten pro BESA-Punkt,
- b. BESA Version 4.0 mit Leistungskatalog 2010,
- c. RAI/RUG in der Version CH-Index 2011 (gemäss Anhang 1).

## **2.2 ... \***

### **1b.4 Mitfinanzierung der Akut- und Übergangspflege \***

#### **§ 5** *Kriterien für die Bedarfsabklärung*

<sup>1</sup> Der Bedarf an Akut- und Übergangspflege wird durch die Spitäler anhand der folgenden Kriterien abgeklärt:

- a. Die akuten gesundheitlichen Probleme der anspruchsberechtigten Person sind bekannt und stabilisiert. Diagnostische, therapeutische und pflegerische Leistungen in einem Akutspital sind nicht mehr notwendig.
- b. Die anspruchsberechtigte Person benötigt vorübergehend eine qualifizierte fachliche Betreuung, insbesondere durch Pflegepersonal.
- c. Ein Aufenthalt in einer Rehabilitationsklinik oder in einer geriatrischen Abteilung eines Spitals ist aus medizinischer Sicht nicht erforderlich.
- d. Die Akut- und Übergangspflege erhöht die Selbstpflegekompetenz der anspruchsberechtigten Person, sodass sie die vor dem Spitalaufenthalt vorhandenen Fähigkeiten und Möglichkeiten wieder in der gewohnten Umgebung nutzen kann.
- e. Es liegt ein Pflegeplan mit den Massnahmen zur Erreichung der Ziele nach Absatz 1d vor.

<sup>2</sup> Die Spitäler verordnen die Akut- und Übergangspflege nur, wenn alle Kriterien gemäss Absatz 1 erfüllt sind. Sie verordnen keine Akut- und Übergangspflege für Personen, die von einem Pflegeheim ins Spital eingetreten sind und denen die ihren Bedürfnissen entsprechende Pflege im betreffenden Pflegeheim selber angeboten werden kann. Sie sprechen sich vor der Anordnung der Akut- und Übergangspflege mit dem in Frage kommenden Leistungserbringer rechtzeitig über dessen verfügbare Kapazitäten ab.

<sup>3</sup> Die Spitäler und die Leistungserbringer der stationären Akut- und Übergangspflege regeln die Modalitäten der Überweisung und der Zusammenarbeit durch Vereinbarung.

<sup>4</sup> Das Gesundheits- und Sozialdepartement kann den Spitalern für die Abklärung des Bedarfs an Akut- und Übergangspflege ein einheitliches Formular vorschreiben.

## **2a Förderung der Ausbildung \***

### **§ 5a \***      *Grundsätze*

<sup>1</sup> Die Gemeinden sorgen dafür, dass in der ambulanten Krankenpflege und in der Krankenpflege im Pflegeheim genügend Betreuungs- und Pflegepersonal ausgebildet wird. \*

<sup>2</sup> Die Leistungserbringer beteiligen sich an der Ausbildung von Betreuungs- und Pflegepersonal. \*

### **§ 5b \***      *Verbände*

<sup>1</sup> Der Spitex Kantonalverband Luzern (SKL) und Curaviva Luzern werden ermächtigt, zur Förderung der Ausbildung von Betreuungs- und Pflegepersonal bei Spitex-Organisationen, Tages- und Nachtstrukturen und Pflegeheimen einen Ausbildungsbeitrag zu erheben und an diejenigen Leistungserbringer zu verteilen, die solches Personal ausbilden. \*

### **§ 5c \***      *Aufsicht*

<sup>1</sup> Der Regierungsrat ernennt für die Aufsicht und die Kontrolle über die Beitragserhebung und -verteilung der Verbände sowie für die Evaluation der Förderung der Ausbildung eine Kommission. Dieser gehören je eine Vertretung des SKL, der Association Spitex privée Suisse, von Curaviva Luzern, des Verbandes Luzerner Gemeinden und des Gesundheits- und Sozialdepartementes an. Die Gemeindevertretung führt den Vorsitz. Im Übrigen konstituiert sich die Kommission selbst. \*

<sup>2</sup> Die Verbände erstellen jährlich einen Bericht zuhanden der Kommission. Dieser gibt insbesondere Aufschluss über die eingezogenen und die ausbezahlten Ausbildungsbeiträge.

<sup>3</sup> Die Verbände, die Gemeinden und der Kanton tragen die Kosten ihrer Vertretung selbst.

### **§ 5d \***      *Geltungsbereich*

<sup>1</sup> Zur Leistung eines Ausbildungsbeitrages an den sachlich zuständigen Verband verpflichtet sind Spitex-Organisationen, Tages- und Nachtstrukturen und Pflegeheime, \*

a. welche für im Kanton Luzern erbrachte Pflegeleistungen Beiträge nach dem Pflegefinanzierungsgesetz<sup>3</sup> erhalten und

---

<sup>3</sup> SRL Nr. [867](#)

- b. \* welche sich nicht bereits mittels Verbandsbeitrag, welcher unmittelbar der finanziellen Unterstützung der Ausbildung von Betreuungs- und Pflegepersonal in den Betrieben dient, an der Ausbildung beteiligen, Zahlungen in einen Berufsbildungsfonds nach Artikel 60 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung vom 13. Dezember 2002<sup>4</sup> leisten oder einer Ausbildungsverpflichtung nach den Bestimmungen des Spitalgesetzes vom 11. September 2006<sup>5</sup> unterstehen.

<sup>2</sup> Als Betreuungs- und Pflegepersonal gelten die Angehörigen folgender Berufe: \*

- a. Ausbildungsniveau Assistenzstufe
  1. Assistent oder Assistentin Gesundheit und Soziales EBA
- b. Ausbildungsniveau Sekundarstufe II
  1. Fachmann oder Fachfrau Gesundheit (FaGe) EFZ
  2. \* Fachmann oder Fachfrau Langzeitpflege und -betreuung FA
  3. \* Fachmann oder Fachfrau Betreuung (FaBe) EFZ
- c. Ausbildungsniveau Tertiärstufe
  1. dipl. Pflegefachmann oder dipl. Pflegefachfrau HF
  2. dipl. Pflegefachmann oder dipl. Pflegefachfrau FH

### § 5e \* *Bemessung der zu erbringenden Ausbildungsleistung*

<sup>1</sup> Der sachlich zuständige Verband bestimmt für jeden Leistungserbringer jährlich die zu erbringende Ausbildungsleistung für das laufende Jahr. Diese entspricht dem Total der Soll-Werte für die Betreuungs- und Pflegeberufe der drei Ausbildungsniveaus. \*

<sup>2</sup> Der Soll-Wert eines Ausbildungsniveaus ist das Produkt der vom Leistungserbringer im vergangenen Jahr im Kanton Luzern erbrachten Pflegestunden im Sinn der KLV, des Bedarfsfaktors dieses Ausbildungsniveaus für die ambulante Krankenpflege oder die Krankenpflege im Pflegeheim sowie der für dieses Ausbildungsniveau anrechenbaren Kosten gemäss Anhang 2.

<sup>3</sup> Der Bedarfsfaktor eines Ausbildungsniveaus entspricht dem Verhältnis zwischen dem kantonalen Bedarf an entsprechenden Abschlüssen in der ambulanten Krankenpflege oder der Krankenpflege im Pflegeheim gemäss Anhang 3 und den im Vorjahr im Kanton Luzern in der ambulanten Krankenpflege oder der Krankenpflege im Pflegeheim gesamthaft geleisteten Pflegestunden im Sinn der KLV.

<sup>4</sup> Die Leistungserbringer sind verpflichtet, dem sachlich zuständigen Verband die für die Bemessung der zu erbringenden Ausbildungsleistung erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen.

### § 5f \* *Erbringung der Ausbildungsleistung*

<sup>1</sup> Die Leistungserbringer bestimmen selbst, in welchen Berufen gemäss § 5d Absatz 2 sie Personal ausbilden, um die Ausbildungsleistung zu erbringen. \*

---

<sup>4</sup> SR [412.10](#)

<sup>5</sup> SRL Nr. [800a](#)



<sup>2</sup> Sie können die Ausbildungsleistung im eigenen Betrieb erbringen oder Ausbildungsverbände mit Leistungserbringern im Sinn von § 5d Absatz 1 bilden. Mit Bewilligung des zuständigen Verbandes nach § 5b kann die Ausbildungsleistung auch in einem Ausbildungsverbund mit einem Spital mit Standort im Kanton Luzern erbracht werden. \*

### **§ 5g \*** *Ermittlung der erbrachten Ausbildungsleistung*

<sup>1</sup> Die von einem Leistungserbringer erbrachte Ausbildungsleistung entspricht der Summe der Ist-Werte der drei Ausbildungsniveaus.

<sup>2</sup> Der Ist-Wert eines Ausbildungsniveaus ist das Produkt der Zahl der in einem Ausbildungsniveau Auszubildenden, des Bedarfsfaktors dieses Ausbildungsniveaus für die ambulante Krankenpflege oder die Krankenpflege im Pflegeheim im Sinn von § 5e Absatz 3 sowie der für dieses Ausbildungsniveau anrechenbaren Kosten gemäss Anhang 2.

<sup>3</sup> Für die Ermittlung der Zahl der Auszubildenden anrechenbar sind grundsätzlich alle Personen, welche einen Ausbildungsgang besuchen, der zu einem Abschluss in einem Beruf nach § 5d Absatz 2 führt. Massgebend ist die Zahl der Auszubildenden per 31. Dezember des Vorjahres. Ebenfalls angerechnet werden können: \*

- a. \* Personen, die sich auf die Berufsprüfung Fachmann oder Fachfrau Langzeitpflege und -betreuung FA vorbereiten, für das Ausbildungsniveau Sekundarstufe II für maximal ein Jahr,
- b. \* Personen in der ergänzenden Bildung zum Fachmann oder zur Fachfrau Pflege beziehungsweise Betreuung EFZ (Validationsverfahren) mit maximal zwei Jahren. Bei Ausbildungsverbänden können die Leistungserbringer den Auszubildenden oder die Auszubildende anteilmässig im Umfang der im jeweiligen Betrieb absolvierten Ausbildungsdauer anrechnen. Praktikantinnen und Praktikanten, die sich in Ausbildung zum dipl. Pflegefachmann HF oder zur dipl. Pflegefachfrau HF befinden, sind nur für den Hauptausbildungsbetrieb anrechenbar. Solche, die sich in Ausbildung zum Fachmann oder zur Fachfrau Gesundheit EFZ oder Betreuung EFZ befinden und deren Praktikum sechs Monate oder weniger dauert, dürfen von dem Leistungserbringer angerechnet werden, mit welchem der Lehrvertrag besteht.

### **§ 5h \*** *Ausbildungsbeitrag*

<sup>1</sup> Leistungserbringer, bei denen die Gegenüberstellung der zu erbringenden mit der erbrachten Ausbildungsleistung einen negativen Saldo ergibt, haben dem sachlich zuständigen Verband einen Ausbildungsbeitrag in der Höhe des Negativsaldos zu entrichten.

<sup>2</sup> Bei einem positiven Saldo erhalten die Leistungserbringer vom sachlich zuständigen Verband einen Ausbildungsbeitrag in der Höhe des Positivsaldos. Reichen die gesamt haft eingezogenen Ausbildungsbeiträge zur vollständigen Deckung aller Positivsaldi nicht aus, werden die verfügbaren Mittel anteilmässig im Verhältnis des Grades der Übererfüllung an die Leistungserbringer verteilt.

<sup>3</sup> Ein nach Auszahlung aller Ausbildungsbeiträge verbleibender Restbetrag wird von den Verbänden gemeinsam an diejenigen Leistungserbringer verteilt, welche ihre Ausbildungsleistung im Ausbildungsniveau Tertiärstufe übererfüllt haben. Der Restbetrag wird anteilmässig im Verhältnis des Grades der Übererfüllung verteilt. Der maximal pro Auszubildenden und Auszubildende auszahlbare Beitrag entspricht den für die Krankenpflege im Pflegeheim anrechenbaren Kosten. Vorbehalten bleiben Rückstellungen der Verbände zur Finanzierung einer Evaluation der Förderung der Ausbildung.

### § 5i \* *Kosten*

<sup>1</sup> Die Kosten des sachlich zuständigen Verbandes für die Administration der Beitragserhebung und -auszahlung sind von den Leistungserbringern im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Ausbildungsleistung zu tragen.

### § 5j \* *Rechtsmittel*

<sup>1</sup> Entscheide der Verbände über den Ausbildungsbeitrag können mit Verwaltungsbeschwerde bei der Kommission angefochten werden.

<sup>2</sup> Gegen Entscheide der Kommission ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Kantonsgericht zulässig.

## 3 Schlussbestimmungen

### § 6

<sup>1</sup> Die Verordnung tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

## A1 Anhang 1: CH-Index 2011 (§ 4a Abs. 1c) \*

### § A1-1 \*

<sup>1</sup>

Pflegestufe	Pflegeaufwand in Minuten pro Tag	Index PF	Original-RUGs
1	bis 20	0.095	PA0
2	21–40	0.285	PA1
3	41–60	0.476	BA1, PA2
4	61–80	0.666	IA1, BA2
5	81–100	0.857	PB1, PB2, BB1

Pflegestufe	Pflegeaufwand in Minuten pro Tag	Index PF	Original-RUGs
6	101–120	1.046	CA1, IB1, PC1, BB2, PC2
7	121–140	1.237	IA2, IB2, CA2
8	141–160	1.427	PD1, PD2, CB1, RMA, RLA
9	161–180	1.617	CB2, SSA, RMB, CC1
10	181–200	1.807	SSB, PE1, RLB, CC2, PE2
11	201–220	1.998	SSC, SE1
12	ab 221	2.188	RMC, SE2, SE3

## **A2 Anhang 2: Anrechenbare Kosten (§§ 5e Abs. 2 und 5g Abs. 2) \***

### **§ A2-1 \***

<sup>1</sup> Für die Bemessung der zu erbringenden Ausbildungsleistung sind folgende Kosten pro Auszubildenden und Auszubildende und Jahr anrechenbar:

- a. Ausbildungsniveau Tertiärstufe: ambulante Krankenpflege Fr. 12 000 / Krankenpflege im Pflegeheim Fr. 8000
- b. Ausbildungsniveau Sekundarstufe II: ambulante Krankenpflege Fr. 8000 / Krankenpflege im Pflegeheim Fr. 6000
- c. Ausbildungsniveau Assistenzstufe: Krankenpflege im Pflegeheim Fr. 4000

<sup>2</sup> Für die Ermittlung der erbrachten Ausbildungsleistungen sind folgende Kosten pro Auszubildenden und Auszubildende und Jahr anrechenbar:

- a. Ausbildungsniveau Tertiärstufe
  1. dipl. Pflegefachmann / dipl. Pflegefachfrau HF: ambulante Krankenpflege Fr. 12 000 / Krankenpflege im Pflegeheim Fr. 8000
  2. dipl. Pflegefachmann / dipl. Pflegefachfrau FH: ambulante Krankenpflege Fr. 12 000 / Krankenpflege im Pflegeheim Fr. 8000
- b. Ausbildungsniveau Sekundarstufe II
  1. Fachmann/Fachfrau Gesundheit (FaGe) EFZ: ambulante Krankenpflege Fr. 8000 / Krankenpflege im Pflegeheim Fr. 6000
  2. \* Fachmann/Fachfrau Langzeitpflege und -betreuung FA: Krankenpflege im Pflegeheim Fr. 6000
  3. \* Fachmann/Fachfrau Betreuung EFZ: Krankenpflege im Pflegeheim Fr. 6000
- c. Ausbildungsniveau Assistenzstufe: Assistent/Assistentin Gesundheit und Soziales EBA: Krankenpflege im Pflegeheim Fr. 4000

## **A3 Anhang 3: Kantonaler Bedarf an Abschlüssen (§ 5e Abs. 3) \***

### **§ A3-1 \***

#### <sup>1</sup> Ambulante Krankenpflege

Ausbildungsniveau	jährlicher Bedarf Abschlüsse	Ausbildungsjahre bis zum Abschluss	kantonaler Bedarf
Ausbildungsniveau Tertiärstufe	23	3	69
Ausbildungsniveau Sekundarstufe II	35	3	105
Ausbildungsniveau Assistenzstufe	offen	2	offen

#### <sup>2</sup> Krankenpflege im Pflegeheim

Ausbildungsniveau	jährlicher Bedarf Abschlüsse	Ausbildungsjahre bis zum Abschluss	kantonaler Bedarf
Ausbildungsniveau Tertiärstufe	43	3	129
Ausbildungsniveau Sekundarstufe II	65	3	195
Ausbildungsniveau Assistenzstufe	35	2	70

## Änderungstabelle - nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
Erlass	30.11.2010	01.01.2011	Erstfassung	G 2010 308
Erlasstitel	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
Ingress	03.12.2013	01.01.2014	geändert	G 2013 630
Ingress	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
Titel 1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 1	17.01.2017	01.02.2017	Titel geändert	G 2017-009
§ 1 Abs. 1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 1 Abs. 2	17.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	G 2017-009
Titel 1a	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 1a	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 1b	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 1c	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
Titel 1b	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
Titel 1b.1	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 1d	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 2 Abs. 5	17.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	G 2017-009
§ 3 Abs. 1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
Titel 1b.2	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 3a	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 3b	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
Titel 2	17.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	G 2017-009
Titel 2.1	17.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	G 2017-009
Titel 1b.3	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 4 Abs. 1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 4 Abs. 1, a.	17.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	G 2017-009
§ 4 Abs. 1, b.	17.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	G 2017-009
§ 4 Abs. 2	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 4 Abs. 2, a.	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 4 Abs. 2, b.	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 4 Abs. 3	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 4 Abs. 4	17.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	G 2017-009
§ 4 Abs. 5	17.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	G 2017-009
§ 4 Abs. 5, c.	03.12.2013	01.01.2014	geändert	G 2013 630
§ 4a	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
Titel 2.2	17.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	G 2017-009
Titel 1b.4	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
Titel 2a	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ 5a	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ 5a Abs. 1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5a Abs. 2	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5b	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ 5b Abs. 1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5c	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ 5c Abs. 1	13.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 251
§ 5c Abs. 1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5d	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ 5d Abs. 1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5d Abs. 1, b.	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5d Abs. 2	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5d Abs. 2, b., 2.	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5d Abs. 2, b., 3.	17.01.2017	01.02.2017	eingefügt	G 2017-009
§ 5e	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ 5e Abs. 1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5f	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ 5f Abs. 1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5f Abs. 2	13.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 251
§ 5g	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ 5g Abs. 3	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5g Abs. 3, a.	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ 5g Abs. 3, b.	13.05.2014	01.06.2014	geändert	G 2014 251

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
§ 5h	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ 5i	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ 5j	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
Titel A1	01.02.2011	01.01.2011	eingefügt	G 2011 76
Titel A1	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ A1-1	01.02.2011	01.01.2011	eingefügt	G 2011 76
Titel A2	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ A2-1	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ A2-1 Abs. 2, b., 2.	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
§ A2-1 Abs. 2, b., 3.	17.01.2017	01.02.2017	geändert	G 2017-009
Titel A3	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630
§ A3-1	03.12.2013	01.01.2014	eingefügt	G 2013 630

## Änderungstabelle - nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
30.11.2010	01.01.2011	Erllass	Erstfassung	G 2010 308
01.02.2011	01.01.2011	Titel A1	eingefügt	G 2011 76
01.02.2011	01.01.2011	§ A1-1	eingefügt	G 2011 76
03.12.2013	01.01.2014	Ingress	geändert	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 4 Abs. 5, c.	geändert	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	Titel 2a	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 5a	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 5b	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 5c	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 5d	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 5e	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 5f	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 5g	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 5h	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 5i	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ 5j	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	Titel A2	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ A2-1	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	Titel A3	eingefügt	G 2013 630
03.12.2013	01.01.2014	§ A3-1	eingefügt	G 2013 630
13.05.2014	01.06.2014	§ 5c Abs. 1	geändert	G 2014 251
13.05.2014	01.06.2014	§ 5f Abs. 2	geändert	G 2014 251
13.05.2014	01.06.2014	§ 5g Abs. 3, b.	geändert	G 2014 251
17.01.2017	01.02.2017	Erlasstitel	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Ingress	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel 1	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 1	Titel geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 1 Abs. 1	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 1 Abs. 2	aufgehoben	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel 1a	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 1a	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 1b	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 1c	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel 1b	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel 1b.1	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 1d	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 2 Abs. 5	aufgehoben	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 3 Abs. 1	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel 1b.2	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 3a	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 3b	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel 2	aufgehoben	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel 2.1	aufgehoben	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel 1b.3	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 4 Abs. 1	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 4 Abs. 1, a.	aufgehoben	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 4 Abs. 1, b.	aufgehoben	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 4 Abs. 2	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 4 Abs. 2, a.	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 4 Abs. 2, b.	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 4 Abs. 3	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 4 Abs. 4	aufgehoben	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 4 Abs. 5	aufgehoben	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 4a	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel 2.2	aufgehoben	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel 1b.4	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5a Abs. 1	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5a Abs. 2	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5b Abs. 1	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5c Abs. 1	geändert	G 2017-009

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
17.01.2017	01.02.2017	§ 5d Abs. 1	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5d Abs. 1, b.	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5d Abs. 2	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5d Abs. 2, b., 2.	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5d Abs. 2, b., 3.	eingefügt	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5e Abs. 1	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5f Abs. 1	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5g Abs. 3	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ 5g Abs. 3, a.	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	Titel A1	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ A2-1 Abs. 2, b., 2.	geändert	G 2017-009
17.01.2017	01.02.2017	§ A2-1 Abs. 2, b., 3.	geändert	G 2017-009